



10-Punkte-Plan

Wir verbinden Heimat und Hightech. **Für einen starken Wirtschaftsstandort Oberbayern.**

1 Unsere Region ist einzigartig in Europa. Oberbayern ist zum einen der wirtschaftliche Motor Bayerns –
2 und somit der Bundesrepublik. Zum anderen besticht Oberbayern durch die atemberaubende Natur, die
3 gepflegte Kulturlandschaft und regionale Traditionen und Bräuche, die unsere Region so lebens- und
4 liebenswert machen.

5 Diese Sonderstellung hat seinen Preis. In kaum einer anderen Region ist das Leben für die Menschen so
6 teuer wie in Oberbayern. Damit das Leben in der Heimat erschwinglich bleibt, wird weiterhin eine starke
7 Wirtschaft benötigt. Arbeitsplätze sind der Garant für unseren Wohlstand. Voraussetzung dafür ist, dass
8 auch in Oberbayern die wirtschaftliche Transformation gelingt. Hierzu müssen Kommunen, Land, Bund
9 und Europa Hand in Hand arbeiten. Gerade in der Bundespolitik und auch auf europäischer Ebene werden
10 jedoch zunehmend Entscheidungen getroffen, die sowohl den Wirtschaftsstandort Bayern, als auch die
11 Bürger in unserer Region schwächen.

12 Wir fordern daher als Junge Union Oberbayern folgende Maßnahmen, damit unsere Heimat weiterhin
13 erhalten bleibt.

14 **1. Kulturlandschaft schützen bedeutet Heimat schützen:**

15 Bayern zeichnet sich auch durch seine unverwechselbare Kulturlandschaft, die von den
16 Landwirten gepflegt wird, aus. Unsere Heimat ist dringend zu schützen, da insbesondere die
17 Weidehaltung von Tieren durch die Rückkehr von Wölfen massiv gefährdet ist. Der Wolf
18 gehört in die Wildnis. Wir brauchen die Entnahme von Wölfen.

19 Hierzu muss der Bund die FFH-Richtlinie im Bundesnaturschutzgesetz zur beschränkten
20 Bestandsregulierung vollständig umsetzen. Trotz Ankündigung im Koalitionsvertrag der
21 Ampel ist bisher noch nichts geschehen!

22 Solange der Bund schläft, muss Bayern kraftvoll voran gehen – die Verzögerungstaktik des
23 Bayerischen Umweltministers ist dabei nicht hinnehmbar und gefährdet unsere heimische
24 Landwirtschaft. Die Tiroler Landesregierung hat gezeigt, wie es gehen kann: Dort können
25 bereits jetzt Wölfe auf Almen und Alpen ohne Einspruchs- oder Verzögerungsmöglichkeiten
26 entnommen werden. Gerade dort, wo Herdenschutz nicht zumutbar, verhältnismäßig oder
27 machbar ist, müssen praktikable Lösungen gefunden werden, denen sich die Freien Wähler
28 bisher verwehren. Gegebenenfalls ist auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit den
29 Nachbarländern anzustreben.

30 **2. Klima- und Umweltfragen besonnen abwägen:**

31 Besonders infrastrukturelle Projekte wie Straßen- und Schienenbau, der Ausbau von
32 Stromtrassen, die Errichtung diverser nachhaltiger Energieträger, der Netzausbau und viele
33 weitere scheitern oft – trotz nachhaltiger Konzepte und Ziele an Umweltfragen, oder
34 versanden in nicht enden wollenden Genehmigungsverfahren. Damit Bayern als
35 zukunftsfähiger Standort erhalten bleibt sind diese Verfahren massiv zu beschleunigen. Wir
36 fordern die Bundesregierung dazu auf sich umgehend einzubringen. Hierzu ist es nötig, dass

37 „überragende öffentliche Interesse“ breiter als bisher anzuwenden, der Bund muss
38 grundsätzlich bei Infrastrukturprojekten und Projekten der Energiewende das „überragende
39 öffentliche Interesse“ feststellen. Zudem ist das Verbandsklagerecht zu überarbeiten und den
40 neuen Herausforderungen anzupassen. So fordern wir, dass im Zuge von
41 Genehmigungsverfahren das Verbandsklagerecht dahingehend eingeschränkt wird, dass eine
42 direkte lokale Betroffenheit und ein Bezug des Verbands (z. B. durch Sitz des Verbandes)
43 vorliegen muss. Wir fordern das Bundesministerium der Justiz auf, einen entsprechenden
44 Gesetzesvorschlag umgehend im Deutschen Bundestag einzubringen und gegebenenfalls
45 eine europarechtliche Modifizierung des Verbandsklagerechts zu initiieren.

46 **3. Infrastruktur der Zukunft sichern**

47 Oberbayern liegt geographisch im Herzen Europas. Die steigenden Anforderungen an die
48 Belastung der Infrastruktur müssen entschlossen angegangen werden, um den Aufgaben des
49 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Besonders Großprojekte wie „Brenner-Nordzulauf“ dürfen
50 nicht länger verzögert werden. Während Österreich und Italien das größte Tunnelprojekt der
51 Erde bis 2031 zu einem Abschluss bringen wollen, wird der Nordzulauf in Deutschland
52 planmäßig nicht vor 2036 fertiggestellt. Das bayerische Landesentwicklungsprogramm weist
53 jüngst darauf hin, dass eine Erweiterung der Kapazität am Münchner Flughafen um eine
54 dritte Start- und Landebahn erforderlich ist, um das zu erwartende Verkehrsaufkommen
55 künftig abwickeln zu können. Vor diesem Hintergrund fordern wir eine Beschleunigung der
56 Planungs- und Genehmigungsprozesse zum Brenner Nordzulauf und den umgehenden
57 Baubeginn der dritten Startbahn. Ferner ist der Münchner Flughafen an das
58 Fernverkehrsschienennetz anzubinden.

59 **4. Finger weg vom Eigenheim:**

60 Das Eigenheim bietet eine ideale Altersvorsorge und ist gerade für viele Familien die einzige
61 Möglichkeit, sich das Leben in ihrer Heimat noch leisten zu können. Wir verurteilen jegliche
62 Angriffe gegenüber dem Eigenheim. Insbesondere die von der Europäischen Union
63 beabsichtigte Sanierungspflicht darf so keinesfalls umgesetzt werden. Für viele Eigentümer
64 bedeutet diese eine faktische Enteignung, wenn die Sanierung nicht erschwinglich ist. Um
65 dem Ziel von Klimaschutz Rechnung zu tragen, sind vielmehr steuerliche Anreize zu schaffen,
66 die energetische Sanierungen ermöglichen und attraktiver gestalten.

67 **5. Zukunftsfähige Wirtschaft durch beste Wissenschaft:**

68 Voraussetzung für einen resilienten Wirtschaftsstandort sind noch stärkere Investitionen in
69 Forschung und Entwicklung: Die Bundesregierung wird aufgefordert, mehr finanzielle Mittel
70 in die Forschung und Entwicklung investieren, um innovative Produkte und Technologien zu
71 fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern. Statt den Süden
72 Deutschlands weiter durch Förderstopps und Kürzungen zu belasten, müssen mehr Mittel
73 insbesondere in das „Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand“ (ZIM) fließen. Die Grenze
74 der zuwendungsfähigen Kosten müssen von 550.000 Euro auf 750.000 Euro angehoben damit
75 die Förderanteile an Einzelprojekten steigen können. Ferner wir begrüßen wir die Hightech
76 Agenda in Bayern und fordern einen weiteren Ausbau.

77 **6. Resiliente Wirtschaft durch Förderung von Back- und Near-Reshoring-Maßnahmen:**

78 Die Globalisierung und die erfolgten Verschiebungen der Produktionskosten zwischen In- und
79 Ausland hatten in der Vergangenheit massive Auslagerungen der Produktions- und
80 Fertigungsstätten in das Ausland zur Folge – teils mit massiven Auswirkungen auf unseren
81 Wirtschaftsstandort. Insbesondere durch die vergangenen Krisen sind wesentliche
82 Abhängigkeiten sowie Lieferkettenrisiken erkennbar. Diese gefährden KMUs genauso wie
83 große Unternehmen in Bayern. Es müssen Anstrengungen erfolgen, die Lieferketten wieder
84 stärker im Inland anzusiedeln. Dazu ist eine geeignete Förderung von „Back- oder Near-
85 Reshoring“-Maßnahmen erforderlich. Hierfür kommen insbesondere monetäre Zuschüsse,
86 vergünstigte Finanzierungsformen (bspw. KfW oder LfA) oder erhebliche steuerliche
87 Erleichterungen für die Jahre nach der Rückverlagerung in Betracht. Wir fordern die
88 Bundesregierung auf, entsprechende steuerliche Anreize zu schaffen.

- 89 **7. Abbau von Überregulierung und Reduzierung der Bürokratie:**
90 Bürokratische Hürden müssen abgebaut werden, um die Gründung und Entwicklung von
91 Unternehmen zu erleichtern. Die Bundesregierung muss sich stärker dafür einsetzen, dass
92 bürokratische Vorschriften vereinfacht und reduziert werden. Zudem sollen insbesondere
93 junge Unternehmen bei der Gründung Unterstützung erhalten. Hier fordern wir, dass der
94 Freistaat Bayern vorgeht und einen „Concierge-Service“ bereitstellt. Der Staat investiert
95 dabei in einen Concierge, der junge Unternehmen im Anfangsstadium bei Verwaltungs-,
96 Rechts- und Steuerfragen kostenfrei unterstützt.
- 97 **8. Fachkräftesicherung:**
98 Wir benötigen qualifizierte Arbeitskräfte, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Die
99 Bundesregierung muss deshalb die Ausbildung und Weiterbildung von Fachkräften fördern.
100 Konkret muss die Attraktivität der beruflichen Ausbildung gestärkt werden. Imagekampagnen
101 und Förderprogramme allein reichen nicht, es ist dafür zu sorgen, dass Auszubildende eine
102 attraktivere Ausbildungsvergütung erhalten. Wir fordern daher die freiwillige Freistellung der
103 Sozialversicherungsabgaben für Auszubildende bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres.
104 Auszubildende sollen – ebenso wie Studenten - beim gesetzlich versicherten Elternteil
105 beitragsfrei familienversichert werden. So steigt die Ausbildungsvergütung für Auszubildende
106 ohne zusätzliche Belastungen für die Ausbildungsbetriebe.
- 107 **9. Dauerhafte Reduzierung der Mehrwertsteuer:**
108 Wirtshäuser prägen das Landschaftsbild – besonders in Oberbayern. Sie sind nicht nur für
109 Touristen attraktiv, sondern beheimaten auch viele Vereine und örtliche Organisationen und
110 leisten so ihren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Regionen. Leider
111 schließen immer mehr Gasthäuser auf dem Land. Dem muss entschieden entgegengetreten
112 werden. Wir fordern daher, dass die befristete Reduzierung der Umsatzsteuer für Restaurant-
113 und Verpflegungsdienstleistungen nicht zum Jahresende ausläuft, sondern dauerhaft
114 bestehen bleibt.
- 115 **10. Erweiterung der Ladenöffnungszeiten:**
116 Bayern hat im Vergleich aller deutschen Bundesländer und der DACH-Region das restriktivste
117 Ladenschlussrecht und kein eigenes Ladenschlussgesetz. Verkaufsoffene Sonntage sowie
118 Einkäufe nach 20:00 Uhr sind in Bayern grundsätzlich nicht möglich. Allerdings hat sich das
119 Konsumverhalten gewandelt, insbesondere im urbanen Raum. In immer mehr Familien
120 arbeiten beide Partner unter der Woche Vollzeit und haben dadurch nur sehr begrenzte Zeit
121 für den Wocheneinkauf. Während früher der stationäre Einzelhandel eher zurückhaltend war,
122 sehen nun viele Vertreter der Branche gesteigerte Umsatzchancen bei erweiterten
123 Ladenöffnungszeiten. Wir fordern daher die Einführung eines bayerischen
124 Ladenschlussgesetzes, das auf der Höhe der Zeit ist und Einkäufe bis 22 Uhr ermöglicht.